

LEITARTIKEL

Hessische Verhältnisse

Hessen bleibt der Experimentier- raum im Gebäude des Föderalis- mus. Da kann es schon mal qual- men und krachen. Zwar hat Hamburg mit der ersten schwarz- grünen Koalition auch ein Zei- chen gesetzt, doch die Musik spielt nach wie vor in Hessen. Gemeinhin gilt Bayern als Land der derben politischen Sitten,



Reinhard Brennecke zu Hessen

doch das war ein liebevoll ge- pflegtes Vorurteil. Vorreiter in Sa- chen mangelnder politischer Kul- tur ist das traditionell rote Hes- sen, das erst durch Roland Koch auf Schwarz gebürstet wurde. ▶ Hessen stellte mit Holger Bör- ner einst einen SPD-Regierungs- chef, der auf Startbahn-West-Geg- ner durchaus mit der Dachlatte losgegangen wäre.

▶ Hessen machte die Grünen nach heftiger Rangelei regierungs- fähig. Joschka Fischer blieb als Umweltminister eher wegen sei- ner Turnschuhe in Erinnerung. ▶ Die Schwarzen Sheriffs Alfred Dregger und Manfred Kanther

glänzten vor allem durch markige Sprüche, wobei Kanther bei Par- teispenden weniger als Law-and- Order-Mann auffiel.

▶ Die heutige Entwicklungshilfe- ministerin Heidemarie Wiczor- rek-Zeul schaltete einst als Chefin des SPD-Bezirks Hessen-Süd die Ampel auf Dauer-Rot. Aus dieser Ecke kommt nun auch der Spit- zenkandidat für die Neuwahlen.

Thorsten Schäfer-Gümbel, Agrar- und Politikwissenschaftler, absolvierte eine klassische Partei- karriere. Sie führte ihn an die Sei- te von Landeschefin Andrea Ypsi- lanti, für die er in die Wahl- schlacht gegen Koch zieht.

Inhaltlich bleibt alles richtig, beharrt Ypsilanti knallhart auf ih- ren Positionen. Das Wahlverspre- chen „Nicht mit der Linkspartei“ war falsch, die Politik nicht.

Es bleibt, wie es war, hessische Verhältnisse eben.

Dem neuen Seminarleiter der SPD steht der konservative CDU- Saubermann Koch gegenüber, der Verunglimpfungen gern als Klar- text anbietet. Er wird keine Ruhe finden, bis er die Niederlage vom Januar 2008 korrigiert hat. Dabei hätte er den Weg für einen Neu- anfang freimachen können. Diese Möglichkeit hatte auch Ypsilanti.

Die beiden Hauptkontrahenten sind sich in ihrer Rechthaber-Atti- tüde viel ähnlicher, als sie dem Wähler weismachen wollen.

KOMMENTAR

Obama macht es vor

Nach Frankreichs Präsident Nico- las Sarkozy erklärt nun auch der künftige US-Präsident Barack Obama die Rettung der Autoin- dustrie zur Chefsache. Deutsch- land kontert bisher mit einer Steuerbefreiung für Neuwagen –



Frank Johannsen zur Hilfe für die Autoindustrie

und dürfte die Autobanken bald unter den Rettungsschirm für Banken schlüpfen lassen.

Dabei versichert zumindest VW, die Hilfe eigentlich gar nicht nötig zu haben. Mit Staatsgarantie lässt sich Geld aber billiger leihen – und darauf sind gerade Auto-

banken angewiesen. Denn den Großteil des Geldes für Autokre- dite und Leasing-Verträge müssen sie sich am Kapitalmarkt leihen. Und das wird wegen der Finanz- krise immer teurer.

Jeder zweite Neuwagen wird in- zwischen finanziert. Schlechtere Konditionen können schnell auf die Verkaufszahlen durchschla- gen. Von Staatsgarantien würden die Autobauer daher ganz direkt profitieren.

Fraglich ist aber, ob dies rei- chen wird. Die USA haben ihren angeschlagenen Autobauern schon 25 Milliarden US-Dollar in Aussicht gestellt, Frankreich immerhin 400 Millionen Euro. Auch wenn die deutsche Autoindustrie deutlich besser dasteht als die US- Konkurrenz, könnte die massive Staatshilfe bald zum Wettbe- werbsnachteil werden. Deutsch- land wird daher um weitere Hil- fen nicht herumkommen.

Ihre Reaktion bitte an die E-Mail-Adresse: meinung@bzv.de

ZITAT DES TAGES



„Es gilt das alte James-Bond-Motto ‚Sag niemals nie!‘“

Thorsten Schäfer-Gümbel, der hessische SPD-Spitzen- kandidant für die Landtagswahl, über Koalitionen

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

SALZGITTER ZEITUNG

WOLFSBURGER NACHRICHTEN

Geschäftsführung:

Dr. Markus Beermann (Sprecher), Andreas Günther

Chefredakteur:

Paul-Josef Raue

Stellvertretender Chefredakteur:

Stefan Hans Kläsener

Chef vom Dienst: Heinz-Peter Lohse

Verantwortliche Redakteure:

Politik/Niedersachsen und die Region: Hans-Dieter Schlawis

Wirtschaft: Markus Schlesag Kultur: Martin Jasper

Lokales Braunschweig: Ralph-Herbert Meyer Sport: Paul-Josef Raue

Leser-Redaktion: Klaus Herrmann Büro Berlin: Christian Kerl Büro Hannover: Dr. Michael Ahlers

Anzeigenleitung: Andreas Günther, Vertriebsleitung: Jürgen Nitsche

Verlag: Braunschweiger Zeitungsverlag GmbH & Co. KG,

38130 Braunschweig, Postfach 80 52, Telefon: (05 31) 39 00-0

Druck: Druckzentrum Braunschweig GmbH & Co. KG, 38106 Braunschweig, Mittelweg 6

Amtliches Organ der Niedersächsischen Börse zu Hannover.

Braunschweiger Zeitung, Salzgitter-Zeitung und Wolfsburger Nachrichten online:

<http://www.newsclick.de>



Karikatur: Mandzel

GASTKOMMENTAR

Wachsam sein gegen Rechts!

Die extreme Rechte hat es in Teilen Ost- wie Westdeutschlands geschafft, ihr Schmutz-Image loszuwerden und durch „bürgerliches Auftreten“ Anerkennung zu finden. Nazi-Man- date in Landes- und Kommunal- Parlamenten bele- gen das.

Rechtsextreme verankern sich lokal in freiwilligen Feuerwehren, Fußballvereinen, Bürgerinitiativen. Sie sprechen über Internetforen und Freizeitangebote Jugendliche an. Als Schöffen bei Gericht bemühen sie sich um Einfluss auf die Rechtsprechung.

So gestalten Nazis unsere Gesell- schaft mit und verbreiten ihre Ideo- logie. Das macht sie gefährlich; des- halb müssen wir Demokratinnen und Demokraten wachsam bleiben. Was heißt Wachsamkeit gegen Rechtsextremismus? Zuallererst Achtsamkeit! Es gilt, rassistische, in- tolerant, ultranationalistische Posi- tionen zu erkennen. Denn oft wer- den diese als „normal“ betrachtet. So hegen viele Deutsche Vorbehalte gegen „die Ausländer“: junge Türken kriminell, Muslim-Frauen mit Kopf- tüchern hier unpassend, Araber ter- roristisch bedrohlich.

Problematisch ist auch ein Ver- trauensverlust in die Politik. Viele bezweifeln, dass sie den Aufgaben unserer Zeit gewachsen ist. Quere- len einer schwerfälligen Großen Ko- alition verstärken dies. 15,2 Prozent wünschen sich einen „Führer“, der Deutschland mit starker Hand re- giert. Das besagt eine Studie „Vom Rand zur Mitte“.

Von unserer Demokratie fühlen sich heute nicht alle Menschen gut vertreten. Nur 39 Prozent sehen sich als rundum zufriedene Demokraten. Das ist das Ergebnis einer Umfrage des Forsa-Instituts und der Freien Universität Berlin.

„Eine starke Zivilgesellschaft bleibt eine Daueraufgabe“



Monika Lazar, Bündnis 90/Die Grünen, Bundestags- Abgeordnete und Fraktions-Sprecherin für Strategien gegen Rechtsextremismus

Wo Wachsamkeit Gefahr ausge- macht hat, ist Gegenwehr vonnöten. Wir brauchen eine starke Zivilgesell- schaft, um Nazis die Anknüpfung- punkte zu verbauen. Dies betrachte ich als eine gesellschaftliche Dauer- aufgabe.

Wichtig ist eine demokratische Wertevermittlung von jung bis alt. Erziehung und Bildung müssen psy- chosoziale Kompetenzen fördern, etwa Empathiefähigkeit, Freude an Vielfalt, Achtung vor Minderheiten. Sensibilisierung gegen rechtsextreme Ideologien und eine lebendige Kul- tur der Integration sollten in den Lehrplänen der Schulen mehr Raum einnehmen.

Demokratische Freizeitmöglich- keiten müssen ausgebaut werden. Nazis nutzen Angebote, um Kinder und Jugendliche im vorpolitischen Raum zu binden. In ländlichen Re- gionen bieten sie oft die einzigen or- ganisierten Freizeiten an. Dem müs- sen Politik und Gesellschaft eigene Projekte und breite Bündnisse ent- gegensetzen. Das stärkt die demo- kratische Kultur vor Ort und signali- siert klar: Achtung, wachsame De- mokraten! Nazis unerwünscht!

Monika Lazar

Monika Lazar

PRESSESTIMMEN

Der Strohmann

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ schreibt zur Hessen-SPD: „Die hessische SPD hat sich an die Spielregeln gehalten, an die sich Parteien im Falle von Niederlagen so gerne halten: keine Generalab- rechnung, keine Eingeständnis des völligen Scheiterns, keine Schuldzu- weisung an die Strategen von ges- tern, kein personeller Neuanfang. Die Ausnahme, welche die CSU vor

wenigen Wochen vorführte, hat we- der Frau Ypsilanti noch ihre Mann- schaft als vorbildlich empfunden. Stattdessen hat sich die hessische SPD entschlossen, mit einem Strohmann für die Spitzenkandida- tur in die Neuwahl des Landtags zu gehen.“

Wie in alten Zeiten

Der „Mannheimer Morgen“ meint zum Protest in Gorleben:

BERLIN-VORSCHAU

Von Christian Kerl

Was tun gegen den Abschwung?

Mittwoch: Die „Wirtschaftsweisen“, der Sach- verständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwick- lung in der Bundesrepublik Deutschland, übergibt der Regierung sein Jahresgutachten. Zentraler Punkt sind Empfehlungen, was die Regierung gegen die drohen- de Rezession tun kann.

Weg frei für Online-Razzia?

Mittwoch: Der Bundestag entscheidet über das umstrittene BKA-Gesetz. Es gibt dem Bundeskriminalamt neue Be- fugnisse vor allem zur Terrorab- wehr. Dazu gehört insbesondere die von Datenschützern kritisierte heil- iche Online-Durchsuchung.

Neue Chancen für Zuwanderer?

Donnerstag: Im Bundestag steht eine Änderung des Zuwanderungsgesetzes zur Ab- stimmung: Hochqualifizierte Aus- länder auch aus Staaten außerhalb der EU sollen leichter hier leben und arbeiten können. Beschlossen werden sollen auch Än- derungen beim Elterngeld und das Jahressteuergesetz.

Neue Regeln für die Finanzmärkte?

Freitag: Bundeskanzlerin Angela Merkel nimmt am historischen Weltfinanz- gipfel teil, zu dem US-Präsident George W. Bush die Staats- und Re- gierungschefs von 20 Industriesta- ten nach Washington eingeladen hat. Beraten werden bis Samstag neue Regeln für die internationalen Fi- nanzmärkte.

Wieviel Rückhalt für Özdemir?

Freitag: Die Grünen kommen in Erfurt zum dreitägigen Bundesparteitag zusam- men. Im Mittelpunkt steht die Neu- wahl des Bundesvorstands. Als Vor- sitzende kandidiert erneut Claudia Roth – als Nachfolger des scheiden- den Parteichefs Reinhard Bütikofer bewirbt sich der Europaabgeordnete Cem Özdemir.

„Die Bilder aus Gorleben muten an wie ein Blick in die Vergangenheit. Das Symbol der Anti-AKW-Bewe- gung, die längst vergessene Republik Freies Wendland, feiert fröhliche Urständ. Und auch Kernkraftgegner, die sich an Gleise ketten, hat es seit Jahren nicht mehr gegeben. Bei den Protesten geht es auch, aber nicht nur, um ein befürchtetes Endlager Gorleben. Auf die Tagesordnung ge- setzt wird zuallererst die Debatte um die Atomkraft an sich.“